

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Nicole Maisch, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/4191 –**

### **Sofortmaßnahmen für die Agrarwende – Für eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft und gutes Essen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller zielen in Bezug auf die Produktion und den Konsum von Lebensmitteln auf Feststellungen des Deutschen Bundestages zur gegenwärtigen Agrarpolitik ab. Der Deutsche Bundestag soll mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4191 insbesondere feststellen, dass die Art und Weise, wie Lebensmittel produziert und konsumiert werden, eine der zentralen ökologischen und sozialen Fragen der heutigen Zeit ist, die gegenwärtige Agrarpolitik – der Bundesregierung – schwerwiegende Folgen für Menschen, Tiere und die Umwelt hat und – in Deutschland – die Bäuerinnen und Bauern beginnen, sich gemeinsam mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, Umweltverbänden und Tierschützern zu wehren und für eine Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft zu streiten.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere dazu aufgefordert werden, bäuerliche Betriebe, die umwelt- und tierverträglich wirtschaften, zu unterstützen, den Bau weiterer großer sog. Massentierhaltungsanlagen und die Gefährdung des Grundwassers mit Nitrat zu stoppen, sowohl in der sog. industriellen Massentierhaltung als auch in der Humanmedizin den hohen Antibiotika-Einsatz zu stoppen sowie für die Äcker und Lebensmittel in Deutschland und der Europäischen Union (EU) vollständige Gentechnikfreiheit zu schaffen. Zudem soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, allen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, sich gesund zu ernähren, Betriebe, Institutionen sowie Kantinenbetreiber bei dieser Aufgabe zu unterstützen sowie insbesondere Kindern durch die Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen von Anfang an ein gutes Essen zu ermöglichen, allen Menschen, die in der Landwirtschaft und Ernährungsindustrie und insbesondere in den Schlachthöfen der Fleischbranche arbeiten, menschenwürdige und zeitgemäße Arbeitsbedingungen sicherzustellen und die deutsche Entwicklungspolitik darauf auszurichten, die Agrarproduktion in vielen Entwicklungsländern zu verbessern, indem sie verstärkt die ländliche Entwicklung fördert,

die bäuerliche Landwirtschaft unterstützt, die Lebensmittelversorgung dauerhaft verbessert und so dazu beiträgt, Arbeitsplätze zu erhalten und die Landflucht einzudämmen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/4191 abzulehnen.

Berlin, den 18. Januar 2017

### **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Alois Gerig**  
Vorsitzender

**Hans-Georg von der Marwitz**  
Berichterstatter

**Dr. Wilhelm Priesmeier**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Friedrich Ostendorff**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Hans-Georg von der Marwitz, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 92. Sitzung am 6. März 2015 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 18/4191** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales, an den Ausschuss für Gesundheit, an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Antragsteller zielen in Bezug auf die Produktion und den Konsum von Lebensmitteln neben Feststellungen des Deutschen Bundestages zur – von den Antragstellern kritisierten – gegenwärtigen Situation der Agrarpolitik auf die Erfüllung konkreter Forderungen von Sofortmaßnahmen für die sog. Agrarwende durch die Bundesregierung ab. Der Deutsche Bundestag soll mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4191 in ihren Worten insbesondere feststellen,

- dass die Art und Weise, wie Lebensmittel produziert und konsumiert würden, eine der zentralen ökologischen und sozialen Fragen der heutigen Zeit sei;
- dass die gegenwärtige Agrarpolitik schwerwiegende Folgen für Menschen, Tiere und die Umwelt habe: dass gefährliche Keime durch übermäßigen Antibiotika-Einsatz in der Massentierhaltung, tierquälerische Missstände in Riesenställen, Monokulturen und rapides Artensterben, das Anheizen der Klimakrise durch die industrielle Landwirtschaft, Landraub und Umweltzerstörung für die Produktion von Viehfutter in großen Teilen der Welt, verseuchtes Grundwasser sowie überdüngte Böden zu den offensichtlichen Missständen zählten, die durch die agrarpolitische Fehlsteuerung verursacht oder begünstigt würden;
- dass Deutschland verstärkt versuche, u. a. seine Agrarexporte auszudehnen und zugleich die industrielle Agrarproduktion in den Entwicklungsländern voranzutreiben;
- dass die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft nur auf Kosten von Tieren und Umwelt funktioniere und gleichzeitig die bäuerlichen Strukturen (in ganz Deutschland) zerstöre;
- dass der dramatische Verlust landwirtschaftlicher Betriebe aufgehalten werden müsse;
- dass Bäuerinnen und Bauern begännen, sich gemeinsam mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, Umweltverbänden und Tierschützern zu wehren und für eine Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft zu streiten;
- dass die Bundesregierung u.a. mit unverbindlichen Tierschutzzusagen der Industrie den immer lauter werdenden Unmut über die Zustände überdecken wolle, sie neue Zulassungen für Gentechnik-Saatgut ungehindert passieren lasse und sie bei der Frage nationaler Anbauverbote („Opt out“) bundesweit einheitliche Regelungen vermeide;
- dass die Bundesregierung die Reform der Düngeverordnung verschleppe und verwässere und sie stattdessen weitere Massentierhaltungsanlagen fördere;
- dass Deutschland und Europa eine Agrarwende hin zu einer Landwirtschaft bräuchten, die mit der Natur arbeite und nicht gegen sie;

- dass die Gesellschaft eine Landwirtschaft wolle, die u. a. Tiere artgerecht behandle, das Klima schütze und die Artenvielfalt bewahre: dass die Menschen eine Politik wollten, die u. a. Umweltleistungen und Tierschutz belohne, anstatt sie zum Wettbewerbsnachteil zu machen, die den regionalen und ökologischen Anbau stärke statt auf Fleischexporte zu setzen, die in der Handelspolitik auf Fair Trade setze und das Recht auf Nahrung auch global durchsetze, die durch die Förderung von regionalen und ökologischen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen faire Preise für die Bäuerinnen und Bauern sichere sowie die Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum erhalte;
- dass die Menschen u. a. faire Arbeitsbedingungen in Agrarfabriken und Schlachthöfen wollten, eine Landwirtschaft fördern wollten, die ohne Gentechnik, Antibiotika-Missbrauch und umweltschädliche Pestizide arbeite, die den Hunger in der Welt bekämpfe und nicht verschärfe, nicht Märkte zerstöre, sondern Ländern helfe, sich angepasst zu entwickeln;
- dass insbesondere im Rahmen der Verhandlungen für ein Transatlantisches Investitions- und Handelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA u. a. Verbraucherinformationen und Kennzeichnungen von Lebensmitteln gesichert und gestärkt werden müssten.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4191 soll die Bundesregierung laut Antragsteller insbesondere aufgefordert werden:

#### 1. Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistung

bäuerliche Betriebe, die umwelt- und tierverträglich wirtschaften, zu unterstützen und

- umgehend eine Änderung des Direktzahlungsgesetzes vorzulegen, das die EU-Direktzahlungen auf 150 000 Euro pro Betrieb deckelt und 30 Prozent der Gelder für die ersten 46 Hektar umschichtet, um damit gezielt kleine und mittlere bäuerliche Betriebe zu unterstützen,
- über eine schnellstmögliche erhöhte Umverteilung in die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU die Agrarumwelt- und Tierschutzprogramme zu stärken, um die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft gezielter und besser zu unterstützen,
- in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) einen Förderschwerpunkt für den gezielten Aufbau regionaler und der bäuerlichen Landwirtschaft angepasster Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu verankern;

#### 2. Flächenbindung einführen

den Bau weiterer großer sog. Massentierhaltungsanlagen und die Gefährdung des Grundwassers mit Nitrat zu stoppen und

- umgehend eine Änderung des Baugesetzbuches vorzulegen, die absolute Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen vorsieht und nach der die Gemeinden den Bau weiterer Anlagen stoppen können, wenn die Zahl der Tiere maximal zwei Großvieheinheiten (entspricht zwei Kühen) pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche übersteigt sowie
- ein Düngegesetz und eine Düngeverordnung vorzulegen, die strikt nach dem Verursacherprinzip ausgerichtet sind und die für eine bessere Luft- und Wasserqualität sorgen;

#### 3. Antibiotika-Missbrauch stoppen

sowohl in der sog. industriellen Massentierhaltung als auch in der Humanmedizin den ausufernden Antibiotika-Einsatz zu stoppen, der die zunehmende Ausbreitung resistenter Erreger fördert und die Gesundheit der Menschen gefährdet und deshalb

- umgehend eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes vorzulegen, um das Screening von Patienten mit multiresistenten Erregern zu verbessern und sich gemeinsam mit den Bundesländern für verbesserte Hygienestandards in Krankenhäusern und Heimen einzusetzen,

- eine Änderung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorzulegen, die dafür sorgt, dass Tiere mehr Platz, Auslauf und Beschäftigung haben, um die Gesundheit der Tiere zu fördern und den Antibiotika-Einsatz zu reduzieren sowie eine Nutztierhaltungsverordnung für Puten einzuführen,
- eine Änderung des Arzneimittelgesetzes vorzulegen, die Reserveantibiotika aus den Ställen verbannt und Mengenrabatte beim Handel mit Antibiotika abschafft;

#### 4. Gentechnikfreiheit schaffen

für die Äcker und Lebensmittel in Deutschland und der EU vollständige Gentechnikfreiheit zu schaffen,

- die Umsetzung der von der EU ermöglichten Anbauverbote in der anstehenden Novellierung des Gentechnikgesetzes bundeseinheitlich zu regeln und diese Anbauverbote auch konsequent bei allen zum Anbau anstehenden Genpflanzen auszusprechen und
- in der EU konsequent gegen die weitere Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen und für die Kennzeichnung von Lebensmitteln von mit Gentechnik gefütterten Tieren zu stimmen;

#### 5. Gute Ernährung – ein Leben lang

allen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, sich gesund zu ernähren, Betriebe, Institutionen sowie Kantinenbetreiber bei dieser Aufgabe zu unterstützen sowie insbesondere Kindern durch die Verpflegung in Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen von Anfang an ein gutes Essen zu ermöglichen und deshalb

- das Präventionsgesetz so nachzubessern, dass auch gesunde Ernährung in den Alltag von Kitas, Schulen, Unternehmen, Pflegeeinrichtungen und anderen Lebenswelten besser integriert werden kann,
- einen Förderschwerpunkt Schulverpflegung in den nationalen Finanzinstrumenten wie der GAK einzurichten, um die Entwicklung regionaler Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Belieferungsstrukturen für die Schulverpflegung voranzubringen und den Anteil regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel in der Schulverpflegung auszubauen;

#### 6. Transparenz schaffen

das Recht zu stärken, dass Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, was sie essen, ohne dabei getäuscht zu werden und deshalb

- eine Haltungskennzeichnung für Fleisch analog zur Eierkennzeichnung einzuführen und im Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch die Grundlage für eine bundesweit einheitliche Hygienekennzeichnung in Restaurants zu schaffen,
- sich auf EU-Ebene für eine Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln einzusetzen, insbesondere für die Erweiterung der bestehenden Herkunftskennzeichnung für Fleisch auch auf Lebensmittel, bei denen Fleisch als Zutat verwendet wird,
- ein Konzept für eine sog. Nährwertampel vorzulegen und damit von der Möglichkeit der EU-Lebensmittelinformationsverordnung Gebrauch zu machen, nach der Mitgliedstaaten den Lebensmittelunternehmen empfehlen können, eine zusätzliche Darstellung der Nährwertdeklaration zu verwenden,
- eine Reform der Lebensmittelbuchkommission zu beschließen, die unter anderem Leitsätze zur Herstellung und Zusammensetzung von Lebensmitteln festlegt, mit dem Ziel, die Arbeit dieses Gremiums transparenter zu machen, die Vertretung von Verbraucherinteressen zu stärken und die Aktualität von Leitsätzen anhand neuer Erkenntnisse regelmäßig zu überprüfen,
- eine Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes vorzulegen, die einen gesetzlichen Informationsanspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Unternehmen schafft und Transparenz insbesondere hinsichtlich Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und besonders ausgelobter Eigenschaften der Lebensmittel schafft;

### 7. Bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen

allen Menschen, die in der Landwirtschaft und Ernährungsindustrie und insbesondere in den Schlachthöfen der Fleischbranche arbeiten, menschenwürdige und zeitgemäße Arbeitsbedingungen sicherzustellen und deshalb

- die Abgrenzungskriterien zwischen Werkverträgen und Leiharbeit praxistauglich schärfen, damit Scheinwerkverträge besser identifiziert werden können,
- dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten über ihren Anspruch auf Mindestlöhne in der Agrarbranche aufgeklärt werden,
- die Personalausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit umgehend zu verbessern, damit auch die Fleischindustrie und Agrarbranche effektiv kontrolliert werden und Anreize gesetzt werden, die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu verbessern;

### 8. Entwicklungspolitik neu ausrichten

die deutsche Entwicklungspolitik darauf auszurichten, die Agrarproduktion in vielen Entwicklungsländern zu verbessern, indem sie verstärkt die ländliche Entwicklung fördert, die bäuerliche Landwirtschaft unterstützt, die Lebensmittelversorgung dauerhaft verbessert und so dazu beiträgt, Arbeitsplätze zu erhalten und die Landflucht einzudämmen und deshalb

- die öffentlich-privaten Partnerschaften mit der Großindustrie zu beenden, die diesen Zielen widersprechen,
- ab sofort verstärkt die regionale Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu fördern,
- die Prinzipien der Ernährungssouveränität in ihrem entwicklungspolitischen Konzept zentral zu verankern.

## III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 101. Sitzung am 18. Januar 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/4191 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 101. Sitzung am 18. Januar 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/4191 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 100. Sitzung am 18. Januar 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/4191 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 75. Sitzung am 18. Januar 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/4191 abzulehnen.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

### 1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4191 in seiner 74. Sitzung am 18. Januar 2017 abschließend beraten.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/4191 zu empfehlen.

Berlin, den 18. Januar 2017

**Hans-Georg von der Marwitz**  
Berichtersteller

**Dr. Wilhelm Priesmeier**  
Berichtersteller

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichtersterlin

**Friedrich Ostendorff**  
Berichtersteller